



Deutscher
Bundeswehrverband

Sie sind hier: Verband aktuell » Verbandserfolge » Trennungsgeld: Strukturerlass längstens bis 31.12.2014 verlängert

Trennungsgeld: Strukturerlass längstens bis 31.12.2014 verlängert

Seit Dezember 2003 gilt im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr der sog. „Strukturerlass“, der seitdem jeweils um 1 Jahr verlängert wurde. Mit Erlass vom 4. Oktober 2011 wird dieser Erlass bis zum Inkrafttreten der Bundesumzugskostenverordnung, längstens bis zum 31.12.2014, verlängert. Angesichts der bevorstehenden erneuten Umstrukturierung der Bundeswehr ein Schritt in die richtige Richtung!

Nach den gesetzlichen Vorgaben im Bundesumzugskostengesetz (BUKG) wird im Regelfall erwartet, dass der Bedienstete anlässlich einer Versetzung über einen längeren Zeitraum umzieht. Die Umzugskostenvergütung wird dann zugesagt. Trennungsgeld (TG) gibt es gemäß BUKG nur bei Wohnungsmangel am neuen Dienstort oder bei gesetzlichen Umzugshinderungsgründen, wie z.B. beim Schulbesuch des Kindes bis zum Ende des Schuljahres. Von diesen Vorschriften weicht der Strukturerlass ab.

Dies war auch 2003 ein Erfolg des Verbandes, der sich damals bereits energisch für die freie Wahl zwischen Zusage der Umzugskostenvergütung („UKV-Zusage“) und dauerhafter Gewährung von Trennungsgeld („TG“) eingesetzt hat. Nach dem Strukturerlass, der nun verlängert wurde, ist bei Versetzungen im Inland für alle Verheirateten und Unverheirateten mit berücksichtigungsfähigen Kindern die Verwendungsdauer am neuen Dienstort auf maximal 3 Jahre zu begrenzen und bei Unverheirateten mit Wohnung auf 2 Jahre. Die UKV-Zusage wird dann nicht erteilt, es sei denn der Betroffene will umziehen und die Verwendungsdauer beträgt im Zeitpunkt des Umzuges noch mehr als ein Jahr.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Bundesministerium der Finanzen (BMF) möchten im Rahmen einer Neuregelung des Umzugskostenrechtes den Bundesbediensteten nahelegen, gefälligst umzuziehen. Im BMI angedacht sind Wegfall von fast allen Umzugshinderungsgründen und Beschränkungen des Zeitraums, während dessen überhaupt TG gewährt werden darf. Auch weitere Verschlechterungen sind dort in der Planung. Ursprünglich wollte das BMI diese Änderungen bereits im vergangenen Jahr durchsetzen, aber es erfolgte ein erheblicher Widerstand sowohl seitens der Fachabteilungen im BMVg als auch unsererseits.

Denn der DBwV und das BMVg wünschen die freie Wahl zwischen UKV-Zusage und der dauerhaften Gewährung von TG. Sie soll nach Auffassung des DBwV auch gesetzlich verankert werden. Warum? Mit der Versetzung eines Soldaten sind meist familiäre Schwierigkeiten wie Schulwechsel und Berufstätigkeit des Ehepartners oder des Lebensgefährten verbunden. Die Standorte der Bundeswehr befinden sich oft nicht in Großstädten oder Ballungsgebieten. Zum Teil sind deshalb die finanziellen Einbussen erheblich, sollte ein Umzug dennoch durchgeführt werden. Das uneingeschränkte Wahlrecht stützt dabei die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dient des Weiteren der Attraktivität der Streitkräfte.

Im Dienstrechtneuordnungsgesetz (DNeuG) ist vorgesehen, dass das Umzugs- und Trennungsgeldrecht in Zukunft durch Rechtsverordnung geregelt werden soll. Das Bundesbeamtengesetz (BBG) wurde entsprechend geändert. Anders als es das neue BBG vorsieht, weist das Soldatengesetz (SG) in § 30 weiterhin ein Gesetz zur Regelung der UKV vor und keine Verordnungsermächtigung. Ohne Änderung des SG entfaltet eine Verordnung daher lediglich eine Wirkung auf Bundesbeamtinnen und -beamte.

Die Verlängerung des Strukturerlasses lässt vermuten, dass die Verhandlungen zwischen dem BMI und dem BMVg sich noch immer schwierig gestalten und das BMVg nicht bereit ist, einschneidende Verschlechterungen der Rechtslage zuungunsten der Soldatinnen und Soldaten hinzunehmen. Denkbar wäre eine Übergangslösung, bei der dem BMVg die Möglichkeit gegeben wird, im Rahmen eines „Pilotprojekts“ eine eigene Regelung zu fahren. Insofern ist die Verlängerung des Strukturerlasses zu begrüßen und auch ein Ergebnis des Widerstands des DBwV und des BMVg gegen die ursprünglichen Überlegungen im BMI und BMF. Dal

Letzte Änderung am 10.3.2012